

Das digitale Erbe eines Menschen

Fast die ganze Menschheit ist inzwischen weltweit digital vernetzt. Wir sind zahlreiche Vertragsbeziehungen zu Host-, Access- oder E-Mail-Providern als auch zu sozialen Netzwerken eingegangen und verfügen regelmäßig über mehrere virtuelle Konten. Über digitale Nachlassregelungen machen wir uns – ganz homo oeconomicus und Hand aufs Herz – oftmals bei Vertragsabschluss keinerlei Gedanken. Doch was passiert, wenn wir sterben und eben eine digitale Nachlassregelung fehlt? Wem steht dann unser digitales Erbe zu?¹ Unseren Erben? Oder verbleibt unser „digitales Ich“ vielmehr bei unseren Vertragspartnern, wie etwa Facebook?

Mit dieser Frage hatte sich jetzt das Kammergericht Berlin zu befassen.² Dem Fall liegt ein bedauernswertes Ereignis zugrunde. Eine Minderjährige wurde 2012 an einem Berliner U-Bahnhof durch einen heranfahrenden Zug getötet. Die Umstände konnten nie restlos geklärt werden. Die Eltern möchten daher wissen, ob es sich bei dem Tod ihrer Tochter um einen Suizid handelt und ob sie möglicherweise durch Dritte in einen solchen getrieben wurde (z.B. durch Mobbing). Sie fordern von Facebook den Zugang zum Account ihres verstorbenen Kindes. Durch die dort vorhandenen Chatnachrichten erhoffen sie sich, mehr über die näheren Todesumstände zu erfahren. Die Eltern verfügten zwar sogar über die Zugangsdaten zum Account ihrer Tochter, doch war dieser von Facebook in einen sogenannten Gedenkzustand versetzt worden, der jeden weiteren Zugriff verhindert. Das Unternehmen weigert sich, dem Begehren der Eltern nachzukommen und verweist unter anderem auf den Datenschutz der Chatpartner der Verstorbenen.

Das Berliner Kammergericht entschied jetzt in zweiter Instanz und anders als noch das erstinstanzliche Landgericht, dass die Eltern *keinen* Anspruch auf Zugang zum Account der verstorbenen Tochter besitzen. Beide Urteile sind lesenswert und geben einen guten Überblick über die bestehenden Problemfelder. Die Richter des Berliner Landgerichts wollten den Eltern noch den Zugang zum Facebook-Account ihrer Tochter gewähren. Sie begründeten dies damit, dass der Vertrag mit Facebook Teil des Erbes und der digitale Nachlass eines Verstorbenen nicht anders als ein Briefwechsel oder ein Tagebuch zu behandeln sei. Ganz anders die Argumentationslinie des Kammergerichts: Erbrechtliche Fragen wurde weitgehend offengelassen. Zwar sei es einerseits grundsätzlich möglich, dass die Eltern einen Vertrag erben könnten, um ein „passives Leserecht“ zu erlangen; andererseits setze die Vererbung ein *körperliches Eigentum* voraus. Letztlich verneint das

1 Siehe näher zum digitalen Erbe HERZOG, „Der digitale Nachlass – ein bisher kaum gesehenes und häufig missverstandenes Problem“, *NJW* 2013, 3745-3751.

2 Kammergericht Berlin 31. Mai 2017, Nr. 21 U 9/16. Siehe hierzu www.berlin.de/gerichte/presse/pressemitteilungen-der-ordentlichen-gerichtsbarkeit/2017/pressemitteilung.596076.php

Kammergericht einen Anspruch der Eltern mit dem zentralen Argument, dass die Gewährung des Zugangs zum Account ihrer verstorbenen Tochter nicht im Einklang mit dem Fernmeldegeheimnis (nach dem deutschen Telekommunikationsgesetz) zu bringen sei. Das Gericht argumentiert, dass das Fernmeldegeheimnis (das ursprünglich nur für Telefonate galt) durch das Bundesverfassungsgericht inzwischen auch auf E-Mails ausgedehnt wurde und Chatnachrichten auf Facebook nach Ansicht der Kammergerichtsrichter den E-Mails gleichzustellen seien.³

Die beiden Urteile zeigen die Vielschichtigkeit des Rechtsproblems, die widerstreitenden Interessen und die unterschiedlichen Rechtsauffassungen. Rechtssicherheit dürfte in der Frage des digitalen Nachlasses (in Deutschland) wohl erst eintreten, wenn der Bundesgerichtshof hierüber entscheidet. Da vom Kammergericht eine Revision zugelassen wurde und sich die Parteien bereits vorbehalten hatten, im Falle einer Niederlage vor den Bundesgerichtshof zu ziehen, dürften die Richter aus Karlsruhe dazu bald Gelegenheit haben. Man darf also weiter gespannt sein.

Kommen wir nunmehr zum Inhalt des vorliegenden Heftes der ERPL. Den Anfang macht *de Graaff* mit seinem Beitrag „*Concurrent claims in contract and tort: A comparative perspective*“. Er zeigt, dass man dem klassischen Thema der Anspruchskonkurrenz immer noch zahlreiche interessante neue Aspekte abgewinnen kann. *Troup* und *Fronsel* befassen sich mit dem „*Abuse of Principles of Creditor Autonomy in Insolvency Proceedings*“ und haben dabei schwerpunktmäßig die österreichische und tschechische Lage vor Augen. *Gunnarsson* hat in seiner Abhandlung die „*Default Interest Rates in International Transaction*“ in den Mittelpunkt gestellt. *Gessel-Kalinowska Vel Kalisz* analysiert in dem Beitrag „*Mixing legal systems in Europe; the role of common law transplants*“ den Einfluss von Rechtstransplantaten aus dem common law auf das kontinentaleuropäische Recht, und zwar am Beispiel Polens. Die Abteilung der Buchbesprechungen umfasst dieses Mal zwei Beiträge. *Cherednychenko* bespricht das von Micklitz und Wechsler herausgegebene Werk „*The Transformation of Enforcement: European Economic Law in a Global Perspective*“ und *Poncibo* das Buch „*Research Handbook on EU Consumer and Contract Law*“, das von Twigg-Fleser herausgegeben wurde. Den Anfang bei den Tagungsberichten macht *Dielemann* mit einer ausführlichen Besprechung der 68. Deutsch-Niederländischen Juristenkonferenz, die vom 7. bis 9. Oktober 2016 in Leiden und Noordwijk stattfand. *Cherednychenko* beschließt das Heft mit einem Bericht über die „*Inaugural International Conference of the Groningen Centre for European Financial Services Law (CGEFSL) ‘Towards Sustainable Financial Services in the EU: Making Sense of the Trend’*“.

3 Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 27. Februar 2008, *BVerfGE* 120,274, Rn. 290 bis 293.

Zum Abschluss dieses Editorials Editorials ist auch noch eine Änderung in der Zusammensetzung des Editorial Boards zu vermelden. *Simon Whittaker* wird uns nach vielen Jahren guter Zusammenarbeit verlassen. Wir wünschen dir alle Gute, Simon. Gleichzeitig freuen wir uns, mit *Geraint Howells*, Dekan der Law School der City University Hong Kong, einen ausgesprochenen Experten des Europäischen Privatrechts neu bei uns begrüßen zu dürfen. Willkommen an Bord, Geraint!

Wir wünschen unserer Leserschaft viel Spaß bei der Lektüre.

André Janssen
City University Hong Kong